Lohnzuschläge für Spitalpersonal

Inkonvenienzen für Spitalangestellte werden höher vergütet. Andere Kantonsangestellte müssen sich gedulden.

Christof Ramser

Gute Nachrichten für die Angestellten der Solothurner Spitäler AG (soH): Alle, die Nacht- und Wochenendschichten sowie Pikettdienste leisten, erhalten höhere Lohnzuschläge, und zwar rückwirkend ab dem 1. Januar. Darauf hat sich die Kommission, die den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Kantonsangestellten aushandelt, zusammen mit dem Regierungsrat und den Personalverbänden geeinigt.

Dabei fällt die Erhöhung der Zulage durchaus markant aus: Für Arbeiten von Montag bis Freitag zwischen 19 und 7 Uhr sowie an Samstagen und an Sonn- und an Feiertagen rund um die Uhr gibt es neu pro Stunde 8 statt 6 Franken zusätzlich. Die Entschädigung für Pikettdienste wird neu von 2.50 auf 4 Franken pro Stunde angehoben. Weiter wird der Zeitzuschlag für Arbeiten zwischen 23 und 6 Uhr von 20 auf 25 Prozent erhöht.

Im Kanton Solothurn waren Lohnzuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit bisher vergleichsweise tief. Bild: Gaetan Bally/Keystone

Hintergrund der Lohnerhöhungen ist laut der soH der Fachkräftemangel. Bekanntlich fehlt es sowohl am Bürgerspital Solothurn als auch am Kantonsspital Olten an Pflegepersonal. Teilweise mussten Patientinnen und Patienten sogar in andere Kantone verlegt werden. «Insbesondere muss die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Spitälern erhalten werden», werden die soH-Verantwortlichen in einer Mitteilung zitiert.

«Es geht darum, ein Zeichen zu setzen»

Laut Silvia Dell'Aquila, die die Position der Personalverbände in den GAV-Verhandlungen koordiniert, musste aufgrund des akuten Fachkräftemangels rasch gehandelt werden. «Es geht darum, auch ein Zeichen zu setzen.» Nicht zuletzt sei es eine Reaktion auf umliegende Kantone, die die Entschädigungen teilweise noch mehr angehoben hätten.

Die Forderung nach mehr Zuschlägen für Schicht- und Pikettdienste in den Spitälern stehe schon lange im Raum. Dabei seien die Inkonvenienzentschädigungen nur eine von mehreren Baustellen. Dell'Aquila, die auch Mitglied der Aarauer Stadtregierung ist sowie den VPOD Aargau/Solothurn leitet, erwähnt etwa auch die Vergütungen für Umkleidezeiten, mit denen Spitalangestellte unzufrieden sind.

Zuerst braucht es Vergleichsgrundlagen

Geht es nach der Gewerkschafterin, soll aber nicht bloss das Spitalpersonal von den höheren Geld- und Zeitzuschlägen für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit sowie Pikettdienste profitieren, sondern unter anderem auch Polizistinnen, Wegmacher sowie Angestellte im Justizvollzug. «Wichtig ist, dass die Zuschläge für alle Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung angepasst werden.» Diese bleiben jedoch vorerst unverändert. Die Sozialpartner hätten sich aber darauf geeinigt, dass dies mit Blick auf die Lohnverhandlungen kommenden Herbst vertieft geprüft wird. Der Solothurner Finanzdirektor Peter Hodel (FDP) bestätigt, dass allfällige zusätzliche Lohnzuschläge in der nächsten Lohnrunde zum Thema werden. Zuerst sollen aber Grundlagen erarbeitet werden, etwa eine kantonsübergreifende Übersicht zwischen den Berufsgruppen. Hodel verweist darauf, dass die Inkonvenienzentschädigungen für manche Berufsgruppen einen grösseren Lohnbestandteil ausmachen als für andere.

> «Wichtig ist, dass die Zuschläge für alle Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung angepasst werden.»

Silvia Dell'Aquila
Vertreterin Personalverbände

> «Die Geld- und Zeitzuschläge waren bei den Solothurner Spitälern im schweizweiten Vergleich wirklich sehr tief.»

Peter Hodel
Solothurner Finanzdirektor

Das dürfte auf das Gesundheitswesen zutreffen. Die Geld- und Zeitzuschläge bei der soH seien nun aufgrund der «wirklich sehr tiefen» Werte im schweizweiten Vergleich rückwirkend angepasst worden, sagt Hodel. Den Staatshaushalt belasten diese Lohnmassnahmen übrigens nicht. Sie werden vollumfänglich durch die Spitäler AG finanziert.

Neue Regeln, keine Regierungsräte in der Führungsriege

Gebäudeversicherung Der Regierungsrat schickt den Entwurf für eine Totalrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes in die Vernehmlassung. Zentral ist unter anderem der «bürgerfreundliche Ausbau» des Rechtsschutzes mit einem vorgelagerten kostenlosen Einspracheverfahren gegen die Verfügungen der solothurnischen Gebäudeversicherung.

Auf organisatorischer Ebene geht es um eine Anpassung an die Richtlinien zur Public Corporate Governance: Die Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung, das oberste Leitungsorgan, wird heute von Amtes wegen von Volkswirtschaftsdirektorin Brigit Wyss als zuständigem Mitglied des Regierungsrats präsidiert. Neu soll die Verwaltungskommission nach fachlichen Kriterien ohne Regierungsvertretung zusammengesetzt werden. Erweitert werden sollen die Kompetenzen der Gebäudeversicherung im Personalwesen; dazugehören die selbstständige Anstellung und Einstufung des Personals sowie die Möglichkeit zur Ausrichtung von Marktzulagen.

Mit Blick auf die Zunahme von Extremwetterereignissen mit Grossschäden soll weiter die Elementarschadenprävention gestärkt werden. Hier geht es insbesondere um eine Erweiterung der Beitrags- und Beratungsdienstleistungen sowie eine Präzisierung der Schadenverhütungspflicht der Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer.

Schliesslich soll nun auch die Zentralisierung der Beschaffung im Feuerwehrwesen zwecks Entlastung des finanziellen und organisatorischen Feuerwehraufwands der Gemeinden auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Für die Revision ist auch eine Anpassung der Kantonsverfassung notwendig, somit wird auf jeden Fall eine Volksabstimmung stattfinden. *(szr)*

Kantonsärztin Yvonne Hummel geht nach nur anderthalb Jahren

Nach dem Ende des Pandemiemanagements will sich Yvonne Hummel neu orientieren. Der Solothurner Samuel Iff tritt ihre Nachfolge an.

Daniela Deck

Yvonne Hummel ist krisenerprobt. Mitten in der Pandemie trat die Kantonsärztin im Dezember 2021 ihre Stelle in Solothurn an. Auf der Schwelle des Amtes fand sie die Covid-Variante Omikron, nachdem sie als Kantonsärztin im Aargau schon die erste Hälfte der Pandemie managen musste.

Nun verlässt Hummel per Ende Mai den kantonsärztlichen Dienst «auf eigenen Wunsch», wie der Kanton am Dienstag mitteilte. Die 53-Jährige will im Ausland eine Weiterbildung absolvieren, lässt sich dort nachlesen.

Dank ihrer Erfahrung sei Hummel «rasch eine der prägenden Personen in der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie» geworden. Und weiter: «Sie hat den Ausstieg aus der Pandemiebewältigung und den Übergang in die Regelstrukturen umsichtig und klug vorbereitet.» Auch das Programm zur Früherkennung von Darmkrebs habe sie «weiter vorangetrieben».

Bei der Finanzierung des besagten Programms muss der Regierungsrat allerdings nachbessern. Er zog das Geschäft letzte Woche zurück, um einer Rückweisung im Kantonsrat zuvorzukommen. Die offiziellen Ausführungen dazu seien mangelhaft, hatte die Kritik aus dem Parlament gelautet.

Bis zu ihrem Abschied wird Hummel nur 18 Monate im Amt gewesen sein. 21 Monate waren es zuvor im Aargau. Warum das kurze Gastspiel, fehlt ihr nach der Rückkehr in den gesundheitspolitischen Alltag die Herausforderung?

Zäsur nutzen für den Abschied

Auskunft gibt Peter Eberhard, Leiter des kantonalen Gesundheitsamts. Er erklärt: «Die hektische Phase im Zusammenhang mit der Pandemie ist für das Amt abgeschlossen. Covid ist nun ein Thema unter vielen, die uns beschäftigen.» Er fährt fort, dass die Kantonsärztin diese Zäsur nutzen wolle, um ihre Aufgabe an einen Nachfolger zu übergeben.

Dieser wird im Frühling einen kantonsärztlichen Dienst antreffen, der sich nach dem Ausnahmezustand mit, wie Eberhard sagt, bis zu 80 Mitarbeitenden wieder dem Normalbetrieb nähert. Aktuell seien es rund 25 Personen, wobei der Bestand nach Aussage von Eberhard bis Ende April nochmals «deutlich» sinken dürfte.

Kantonsärztin Yvonne Hummel verlässt den Kanton im Frühling. Bild: Hanspeter Bärtschi

Iff interessierte sich für Stellvertreteramt

Dass der Nachfolger von Yvonne Hummel bereits jetzt feststeht, ist gemäss dem Amtsleiter einem Zufall zu verdanken: Samuel Iff habe sich für die ausgeschriebene Stelle als stellvertretender Kantonsarzt interessiert.

Der 44-jährige Facharzt für Prävention, Public Health und Arbeitsmedizin überzeugte mit seinen Qualifikationen und seiner beruflichen Erfahrung, etwa beim Staatssekretariat für Wirtschaft, sodass man auf die Ausschreibung der Kantonsarztstelle verzichtet habe. Die ursprünglich ausgeschriebene Stelle sei hingegen noch nicht besetzt, so Eberhard.

Samuel Iff wuchs auf dem Allerheiligenberg auf und absolvierte die Schulen in Hägendorf und Olten. Nach dem Medizinstudium in Fribourg und Bern war er mit verschiedenen Schwerpunkten in der Schweiz und in Australien tätig.

Der Regierungsrat hat Iff als Kantonsarzt und Leiter des kantonsärztlichen Dienstes gewählt. Gemäss Mitteilungstext wird er sein Amt am 1. Mai antreten, sodass Yvonne Hummel ihren Nachfolger noch einarbeiten kann. «Der Transfer des Wissens ist wichtig, darum die Überschneidung», sagt Peter Eberhard.